

Gegenstand: Umgang mit Anträgen für den Beitritt zu Organisationen

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass sich der Ältestenrat grundsätzlich mit der Frage des Umgangs mit solchen Anträgen befassen sollte; eine inhaltliche Beratung ist nicht vorgesehen. Die Stadtverwaltung kann zum Thema einen kurzen Input geben. Sie ist bereits Mitglied in verschiedenen Netzwerken, so z.B. auch im EU-Mittelstädte-Netzwerk MECINE

Frau Münch-Weinmann stellt als Parameter das Pro und Contra der Verwaltung zur Debatte. Dabei sollten die mittelbaren bzw. unmittelbaren Auswirkungen eines Beitritts auf die Stadt betrachtet werden. Auch Herr Feiniler hinterfragt generell, wann es Sinn für die Stadt macht, einem Bündnis beizutreten.

Laut Vorsitzendem spielt dabei der Nutzen für die Stadt die Hauptrolle, so ist z.B. MECINE notwendig, um EU-Projektgelder für Maßnahmen zusammen mit anderen europäischen Partnern beantragen zu können. Da 3 Partnerstädte aktuell inaktiv sind, ruht die Netzwerkarbeit allerdings derzeit etwas. Die Projekte sind angesiedelt bei den betreffenden Fachbereichen und werden traditionell über das Büro OB koordiniert.

Er schlägt vor, die Stadt prüft den pragmatischen Nutzen von Netzwerken und Bündnissen, welcher auch im Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen liegen kann. Deutlich zurückhaltender ist er bei Bündnissen mit appellativen Inhalten, wie dem „Frieden in der Welt“. In der Region haben sich HD und MA als Kommunenvertreter bis auf UN-Ebene vorgewagt, allerdings müssen dabei Kosten und personeller Aufwand gesehen werden.

Herr Dr. Jung will die Beteiligung an Netzwerken und Bündnissen nicht generell ausschließen, sieht aber 2 Kriterien, welche erfüllt sein müssen: 1. der konkrete Nutzen und 2. kann die Stadt sich das leisten. Der Vorsitzende nennt die Klimaschutzinitiative als best-practice-Beispiel.

Auch Herr C. Ableiter sieht im Erfahrungsaustausch einen wichtigen Mehrwert, verlangt aber eine kritische Prüfung, was den Zeitaufwand angeht. Daneben seien auch öffentlichkeitswirksame Äußerungen, z.B. gegen Rassismus, in bestimmten Bereichen wichtig. Allerdings ist er eher skeptisch, was die personelle Ausstattung der Stadt betrifft, insbesondere wenn es in echte Netzwerkarbeit münden soll. Er äußert sich auch inhaltlich zu den vorliegenden Einzelanträgen.

Frau Selg dagegen hält einen Austausch auch ohne Netzwerke für möglich, wie ihre Erfahrungen aus der freien Wirtschaft lehren. Sie hätte gerne eine Übersicht, wo denn die Stadt Speyer überall Mitglied ist und plädiert dafür, die Verwaltung nicht noch mehr zu belasten. Dazu sollte auch beobachtet werden, welche Richtung die Entwicklung in der Netzwerkarbeit jeweils einschlägt.

Herr Förster widerspricht; Netzwerke sind in der Industrie aus seiner Sicht sehr wichtig, z.B. der BDI. Oftmals haben solche Beitrittsanträge einen überwiegend symbolischen Charakter, z.B. Mayors for Peace. Aus einer Beteiligung resultierende mögliche Mehreinnahmen könnten z.B. für Personal verwendet werden. Der Vorsitzende fordert Augenmaß zwischen praktischem Nutzen und Resolution/Appellation. Der BDI-Vergleich sei verfehlt, weil dieser eine Interessenvertretung darstellt, wie z.B. der Städtetag auf kommunaler Ebene. Pragmatisch wäre folgender Ansatz: welche Erwartung wird mit dem Beitritt verbunden und wie hoch ist der Arbeitsaufwand?

Frau Münch-Weinmann plädiert dafür, grundsätzlich offen zu bleiben. Appellative Anträge sollten vor Antragstellung interfraktionell auf Mehrheitsfähigkeit abgeprüft werden. Außerdem

seien Bündnisse nicht für die Ewigkeit konzipiert und eine Ratifizierung ohne das Feedback der Verwaltungsmitarbeiter wertlos.

Laut Herrn Jaberg gehört Vieles davon in ein Leitbild, wie es die Stadt Speyer Ende der 90er Jahre hatte. Netzwerkarbeit wird in den Kommunen gelebt, die Parlamente verlieren oftmals den Kontakt zur Basis. Bündnisse spannen daher den Bogen zur großen Politik. Der Städtetag sollte seines Erachtens dabei aktiver werden.

Drei der vorliegenden Anträge passen für den Vorsitzenden zum gegenwärtigen Stadtmarketing als neuem Leitbild, außer der Vermögenssteuer. Selbst da sind die Kommunalen Spitzenverbände aber nicht einer Meinung, was die kommunale Finanzausstattung angeht. Der Dt. Städtetag engagiert sich für Mayors for peace. Ziel ist, den sozialen Frieden vor Ort zu entwickeln. Praktische Bündnisse schlagen sich nach seiner Auffassung im Haushalt nieder. Zur Ermittlung der Folgekosten fragt er nach, ob dies durch die Verwaltung erfolgen soll. Schon die Prüfung bedeutet erheblichen Aufwand.

Die Personalausstattung der Verwaltung ist nach Ansicht von Herrn Feiniler für diesen Zweck nicht ausreichend. Er schlägt eine Bestandsaufnahme vor, welche Projekte noch sinnvoll sind und welche nicht. Danach kann der Rat über die vorliegenden Anträge entscheiden.

Auf Rückfrage von Frau Selg erläutert der Vorsitzende, dass im Bereich Biodiversität erheblich mehr Personal und Geld für Maßnahmen eingesetzt werden müsste; hier wird zwar schon viel gemacht, was aber deutlich unter dem Anspruch des Netzwerks liegt. Frau Seiler ergänzt, dass Netzwerkarbeit z.T. den Charme hat, bei der Umsetzung bestehender Projekte zu unterstützen, dies aber häufig nur unter sehr engen Regularien möglich ist.

Herr Dr. Jung bezweifelt eine hohe Anzahl von Bündnissen/Netzwerken, denen die Stadt angeschlossen ist. Die Verwaltung sagt eine Aufstellung zu. Die CDU sieht eine generelle Zustimmung vorhanden, allerdings unter Abwägung von Nutzen und Aufwand. Frau Selg ergänzt, auch Prüfaufträge binden Ressourcen; sie bringt eine maximale Obergrenze an Teilnahmen in die Diskussion ein.

Abschließend fasst der Vorsitzende als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass sich der Ältestenrat darauf verständigt, den Beitritt zu appellativen Bündnissen wie Resolutionen zu behandeln (überfraktionelle Abstimmung vor Antragstellung); bei Netzwerken auf Arbeitsebene soll vor dem Antrag eine Kontaktaufnahme mit der Verwaltung zur Abschätzung von Nutzen und Aufwand erfolgen.

Gegenstand: Verschiedenes

2.1 – Stadt ohne Rassismus – Stadt mit Courage (SOR-SMC)

Der Vorsitzende bittet angesichts der anwesenden Öffentlichkeit, auf die Nennung von Einzelnamen in diesem Zusammenhang zu verzichten.

Frau Münch-Weinmann kritisiert, dass ein einzelnes Ratsmitglied die Resolution SOR-SMC zwar unterschrieben habe, sich in der Öffentlichkeit aber konträr zu den Statuten der Kampagne verhalten würde. Sie möchte das nicht auf sich beruhen lassen und fragt nach Möglichkeiten der Sanktionen. Die Fragestellung werde auch zu einem Treffen mit Vertretern auf übergeordneter Ebene mitgenommen.

Aus Sicht des Vorsitzenden stellt ein Verhältnis von 43:1 Ratsmitgliedern immer noch eine beeindruckende Mehrheit dar. Denkbar wäre z.B. auch eine erneute Unterschriftsleistung.

2.2 – Straßenbenennungen

Herr Brandenburger erinnert daran, dass die Fraktionen gerne die angesprochene Prioritätenliste für Straßenbenennungen eingesehen hätten. Seitens der Verwaltung wird eine Übersendung zugesagt.

Herr C. Ableiter kündigt eine Aufschlüsselung nach Männern und Frauen an, um das bestehende Ungleichgewicht zu dokumentieren.

Herr Jaberg fragt wegen der Umbenennung in der letzten Ratssitzung nach Else Krieg; Else Krieg (1884-1970) war von 1916 bis 1963 Oberin des Diakonissen-Mutterhauses.

5. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 04.10.2016



5. Sitzung des Ältestenrates 04.10.2016 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!